

Anlage 3 zur Vorlage 175/2018

Begründung zur Schaffung von Personalkapazitäten

Dezernat I

Wirtschaftsförderung Lörrach (0,5 Stellenanteile):

Mit dem Wechsel einer Mitarbeiterin (Vollzeit) aus dem Fachbereich Kultur und Tourismus wurden lediglich 0,5 Stellenanteile verschoben, weil die Langfristigkeit der Abordnung noch nicht geklärt war. Die Mitarbeiterin wird nach heutigem Stand auch weiterhin in der Wirtschaftsförderung tätig sein, so dass die Anpassung der Stellenanteile an die Vollzeitbeschäftigung erforderlich wird.

Fachbereich Bürgerdienste (0,92 Stellenanteile):

- Anschlussunterbringung: die Verwaltung geht für das Jahr 2019 von einer Zuweisung im Jahr von ca. 120 Personen aus (Bächlinweg mit 60 Personen und Prognoseannahme von 5-10 Flüchtlinge pro Monat). Durch Rückkehr einer Mitarbeiterin aus Elternzeit und einen internen Stellenwechsel kann durch die Aufstockung einer Beschäftigung um 0,2 Stellenanteile dem Mehraufwand begegnet werden.
- Renten: durch die steigende Zahl von Rentenanträgen und Kontenklärungen bzw. anstehende Renteneintritte geburtenstarker Jahrgänge in den nächsten 10-15 Jahren ist eine Anpassung des Personalbedarfs erforderlich. Der hierdurch entstehende Mehraufwand wird auf 0,4 Stellenanteile kalkuliert. Die Verwaltung schlägt vor, die Stellenmehrung mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) zu kennzeichnen, weil langfristig der Bedarf nicht gesichert erscheint.
- Ausländerrecht: durch gestiegene Fallzahlen entsteht ein Mehrbedarf in der Sachbearbeitung. Daneben haben sich durch gesetzliche Anforderungen die Bearbeitungszeiten je Fall verlängert. Durch die unbefristete Erhöhung der Arbeitszeit einer erfahrenen Mitarbeiterin kann der Bedarf gedeckt werden. Die Stellenmehrung beträgt 0,32 Stellenanteile.

Fachbereich Kultur und Tourismus (1,61 Stellenanteile)

- Dreiländermuseum: im Zuge der Beratungen für den angestrebten Neubau des Museumsdepots (Gemeinderatsvorlage 94/1018) wurden befristete Erhöhungen von Stellenanteilen durch den Gemeinderat genehmigt. 0,41 Stellenanteile werden für die Erhöhung des Beschäftigungsumfanges des Depotleiters und 0,7 Stellenanteile für die Beantragung, Verwaltung und das Controlling der Fördermittel eingesetzt. Die 1,11 Stellen werden mit einem kw-Vermerk gekennzeichnet und führen somit nicht zu dauerhaften Stellenmehrungen.
- Tourismus: zur Projektleitung „Tourismusstrategie“ wurde eine Mitarbeiterin unbefristet in Vollzeit beschäftigt. Sie wird bisher auf einer Stelle mit einem Anteil von 0,5 Stellen geführt. Der Stellenanteil ist an den tatsächlichen Beschäftigungsumfang anzupassen. Dies erfordert eine Stellenerhöhung um 0,5 Stellenanteile.

Fachbereich Jugend/Schulen/Sport (0,1 Stellenanteile):

Das Hans-Thoma-Gymnasium weist seit Jahren steigende Schülerzahlen aus. Im Zuge eines Personalwechsels besteht nun die Möglichkeit, den Bedarf von 1,0 Stellen zu decken. Hierfür ist eine Stellenmehrung von 0,1 Stellenanteilen erforderlich.

Im Dezernat I werden somit Stellenmehrungen im Umfang von insgesamt 3,13 Stellen vorgeschlagen. 0,18 Stellenanteile werden im Fachbereich Zentrale Dienste und Ratsarbeit durch die Umwandlung eines Arbeitsverhältnisses in geringfügige Beschäftigung reduziert.

Dezernat II

Fachbereich Recht/Stiftungen/Baurecht (1,0 Stellen):

Durch Gemeinderatsbeschluss wurde der bisherige hauptamtliche Kommandant der Feuerwehr seines Amtes entbunden. Da gleichzeitig im Bereich des Baurechtes zunehmender Bedarf im vorbeugenden Brandschutz besteht, sollte die hierfür erforderliche Stelle in diesem Fachbereich geschaffen werden und über die Umsetzung des Beamten besetzt werden. Der Gemeinderat beschloss dies im laufenden Jahr, so dass eine Ausweisung im Stellenplan 2018 noch nicht möglich war.

Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement (2,15 Stellenanteile):

Zur ausführlichen Begründung wird auf die Gemeinderatsvorlage 123/2018 verwiesen. Aufgrund der dort dargelegten Ermittlung von Kennzahlen ergibt sich ein deutlich höherer Personalbedarf. In einem ersten Schritt soll aber im Hinblick auf die schwierige Arbeitsmarktlage in technischen Bereichen und mit Blick auf die Kapazitäten, die auch für eine Einarbeitung erforderlich sind, lediglich ein Anteil von 2,0 Stellen geschaffen werden. Hierfür sollen ein Techniker und ein Ingenieur eingestellt werden.

Darüber hinaus besteht ein Mehrbedarf bei den Hausmeisterleistungen in der Albert-Schweitzer-Schule. Der Beschäftigungsumfang des Hausmeisters soll von 75 % auf 90 % aufgestockt werden.

Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung (1,35 Stellenanteile):

Die einzelnen Bauleitplaner des Fachbereichs orientieren sich an der „Liste der prioritären Maßnahmen“. Diese sind unter anderem: Wohnraum schaffen, Zentralklinikum, das integrierte Stadtentwicklungskonzept mit Verkehrsentwicklung (strategische Mobilitätsplanung) sowie das Projekt am Zoll Lörrach/Riehen. Hierfür stehen aktuell 4 Planer (alle teilzeitbeschäftigt) mit einem Beschäftigungsumfang von insgesamt 2,8 Stellen zur Verfügung. Darüber hinaus wurde eine weitere Mitarbeiterin in einer Gemeinderatssitzung im Oktober gewählt, die allerdings einer intensiven fachlichen Einarbeitung bedarf. Mit den bereits ausgeführten Projekten ist der Fachbereich ausgelastet. Durch die Bereitschaft, beispielsweise auch Überstunden zu leisten, können die priorisierten Projekte bearbeitet werden. Einzelne Projekte, die dem Projekt „Wohnraum schaffen“ zuzuordnen sind, können wegen mangelnder Ressourcen nur unzureichend und schleppend bearbeitet werden (zum Beispiel Tumringen-Nord, Nördlich Engelplatz, Lerchenhof, Belist, Salzert-Nord etc.). Erklärtes Ziel und Aufgabe der Stadt Lörrach ist, 250 Wohneinheiten pro Jahr zu schaffen. Die Stadt Lörrach wächst kontinuierlich weiter. Auch in den nächsten Jahren ist mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen zu rechnen. Damit wachsen die Anforderungen an die städtische Infrastruktur, der Bedarf an Wohnraum steigt. Dadurch ist der Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung im planerischen Bereich stark gefordert. Nach

derzeitigem Stand soll der Fachbereich über 58 Projekte gleichzeitig im Kontext zu 3,8 Stellen bearbeiten.

Aus den oben genannten Gründen soll eine weitere Stelle für einen Stadtplaner im Stellenplan 2019 geschaffen werden. Naturgemäß ist im Unterbau durch die Vielzahl der Projekte nicht nur im fachplanerischen Bereich Unterstützung erforderlich, sondern auch in der Zuarbeit. Daher soll eine Mitarbeiterin im Bereich einfacher Sachbearbeitung/Sekretariat um 0,35 Stellenanteile aufgestockt werden.

Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit (4,2 Stellenanteile):

- Sekretariat Fachbereichsleitung: gemäß bisherigem Stellenplan stehen der Fachbereichsleitung lediglich 0,5 Stellenanteile für ein Sekretariat zur Verfügung. Der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit gehört mit seinen ca. 50 Stellen zu einem der größten Fachbereiche mit entsprechender Mitarbeiteranzahl. Aus diesem Grunde hält die Verwaltung eine Erhöhung des Sekretariatsanteils um vorerst 20 % für erforderlich, die durch eine Arbeitszeiterhöhung realisiert werden.
- Straßenverkehrsrecht und Sicherheit: bezugnehmend auf die Begründungen für den Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung ist die Folge der Vielzahl an städteplanerischen Projekten eine entsprechende bauliche Umsetzung. Dies hat Auswirkungen auf Fachbereiche wie das Grundstücks- und Gebäudemanagement sowie Straßen/Verkehr/Sicherheit. Die zunehmende Anzahl der Einrichtung von Baustellen etc. machte für das Aufgabengebiet eine Aufstockung bereits unterjährig erforderlich. Die Verwaltung sieht daher für den Stellenplan 2019 die entsprechende Erhöhung um Anteile von 0,5 vor.
- Gemeindevollzugsdienst: im Bereich des Vollzugsdienstes sind in den letzten Jahren hohe Fehlzeiten durch Krankheit entstanden (im Durchschnitt der letzten vier Jahre 423 Krankheitstage/Jahr). Entsprechende Maßnahmen, wie beispielsweise die Durchführung von Gesprächen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement sowie weitere Rehabilitationsmaßnahmen führten und führen auch in absehbarer Zeit nicht zur Genesung der betroffenen Beschäftigten. Aus diesem Grunde soll zur Aufrechterhaltung des Schichtplanes und damit der Präsenzzeiten in der Innenstadt eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. In den nächsten Jahren werden die Mitarbeiter, die aufgrund körperlicher Einschränkungen, aktuell wenige Präsenzzeiten haben, altersbedingt ausscheiden. Aus diesem Grunde soll die neue Stelle mit einem kw-Vermerk versehen werden. Die Personalkosten für diese Stelle sind aus heutiger Sicht gedeckt. Die entsprechenden Mitarbeiter befinden sich außerhalb der Lohnfortzahlung. Durch anstehende Fluktuationen können Teilzeitstellen zusammengefasst werden. Damit können zudem Stellenanteile in Höhe von 0,34 reduziert werden.
- Straßen und Brücken: im Team Straßen und Brücken führt die große Anzahl an Neubauprojekten sowie die Straßenunterhaltung zu einem erheblichen Mehraufwand. Ohne zusätzliche Unterstützung im technischen Bereich droht bei der Abwicklung der Projekte ein massives Realisierungsproblem. Die Stadt Lörrach besitzt ein Straßennetz von ca. 180 km. Bei einer Lebensdauer von 60 Jahren müsste der Fachbereich jedes Jahr drei Kilometer Straße neu bauen. Mit dem derzeitigen Personalbestand ist dies so nicht umsetzbar. Aus den oben genannten

Gründen soll daher aus Sicht der Verwaltung eine zusätzliche Stelle eines Technikers geschaffen werden.

- Feuerwehr: im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr wird die Tagesbereitschaft bekanntermaßen künftig schwieriger zu erreichen sein. Eine unausweichliche Art dieser Situation zu begegnen, wird die Stärkung des Hauptamtes sein. Aus diesem Grunde sollen in einem ersten Schritt 1,5 Stellen im Bereich der hauptamtlichen Kräfte geschaffen werden. 0,5 Stellenanteile, die vorwiegend für den Schwerpunkt „Ausbildung“ zur Verfügung gestellt werden und eine weitere Stelle für einen hauptamtlichen Gerätewart. Diese Stelle wird erforderlich, weil ein aus krankheitsbedingten Gründen leistungsgeminderter Mitarbeiter, nicht mehr im Einsatzdienst tätig sein kann. Im Laufe des Jahres 2019 wird die Verwaltung gemeinsam mit dem Feuerwehrkommandanten die Struktur der Feuerwehr mit entsprechender Personalbedarfsberechnung untersuchen. Die Gremien werden zu einem späteren Zeitpunkt in diese Überlegungen miteinbezogen bzw. um Entscheidung gebeten. Die Verwaltung geht davon aus, dass ein zusätzlicher Bedarf hauptamtlicher Kräfte zu erwarten ist.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung: 1,0 Stellen

Für die Sanierung und Erweiterung des Abwassernetzes werden zusätzliche Stellenanteile erforderlich. Hier soll eine Stelle durch die Verschiebung anderer Stellenanteile im Eigenbetrieb geschaffen werden. Sie stehen bereits durch langfristige Arbeitsreduzierungen auf anderen Stellen zur Verfügung. Die folgenden Personalaufwendungen werden durch entsprechende Gebühren im Eigenbetrieb gedeckt.

Eigenbetrieb Stadtwerke: 2,45 Stellen

Der Gemeinderat hat mit Vorlage 214/2017 beschlossen, ein Vollzeitstelle für den Bereich Immobilienmanagement zu schaffen. Die stellenplanrechtliche Umsetzung soll im Stellenplan 2019 erfolgen. Des Weiteren schlägt die Verwaltung die Entfristung eines Mitarbeiters vor, der mit dem Aufgabenbereich Energiewirtschaft betraut ist. Nachdem die Grundsatzentscheidungen durch den Gemeinderat getroffen wurden, dieses Aufgabenfeld dauerhaft zu übernehmen, ist die Stelle für eine dauerhafte Beschäftigung zu schaffen.

Des Weiteren ist im Betriebszweig Bäder zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes die Deckung eines Mehrbedarfs an Rettungsschwimmer von 0,45 Stellenanteilen erforderlich.

Im Dezernat II werden somit Stellenmehrungen im Umfang von insgesamt 12,15 Stellen vorgeschlagen.

Insgesamt sind somit Stellenerhöhungen für neue Kapazitäten im Umfang von 15,28 Stellen vorgesehen.